

Editorial



Jörg Marquardt
Wirtschaftsredaktor

Der Tennisplatz, die analoge Bastion

Das letzte Mal, dass ich einen Tennisschläger in der Hand hatte, muss um die Jahrtausendwende herum gewesen sein. Damals gab es im Tennisheim unseres Klubs noch einen Aushang, auf dem man seinen Namen krakeln konnte, um einen Platz zu reservieren. Jede Handschrift war gewissermassen auch ein Psychogramm des Spielers – sofern man der Grafologie denn Glauben schenkte.

Den digitalen Wandel, der sich in den Jahren danach ereignete, erlebte ich überall: zu Hause, an der Uni, auf der Arbeit, auf Reisen – nur nicht auf dem Tennisplatz. Mit dem Weggang aus meinem Heimatdorf verlor ich den Anschluss an den alten Klub, einen neuen suchte ich mir nicht.

Die Hürde, Mitglied in einem neuen Klub zu werden, ist hoch, sagen die Oberländer Diego Seitz und Cedric Escher vom Online-Netzwerk «Gotcourts» im grossen Interview. Ihnen zufolge ist Tennis immer noch einer der am schlechtesten digitalisierten Sportarten der Welt. Das würde immerhin bedeuten, dass ich in der Zwischenzeit gar nicht so viel verpasst habe.

Dass man mit Gotcourts von der heimischen Couch aus Plätze reservieren sowie Mitspieler und Trainer finden kann, gibt es in dieser Form erst seit wenigen Jahren. Seitz und Escher sind überzeugt, dass Klubs, die seit Jahren über sinkende Mitgliederzahlen klagen, mit ihrer Plattform Gegensteuer geben können. Wer weiss, vielleicht wage ich ja das Comeback auf dem Court.

Impressum

RegionalWirtschaft – ein Produkt der Zürcher Oberland Medien AG
Redaktion: Jörg Marquardt
Verkauf: Patrick Greuter (Leitung), Stv. Marcel Hofer, Ilona Steiner, Priska Forte, Christine Vogt, Jeannette Kammermann, Vivian Andres, Karin Ammann
Abonnemente: Susanna Limata (Leitung)
Kontakt: Redaktion: Tel. 044 933 3333, regionalwirtschaft@zol.ch
Verkauf: Tel. 044 933 3204, insertate@zol.ch

Wir haben die regionale Wirtschaft im Fokus – alle 14 Tage neu.

Beilage im «Zürcher Oberländer» und «Anzeiger von Uster»

RegionalWirtschaft

Carte blanche

Eine Kritik an der Zinskritik

Vollgeld. Viel wurde geschrieben, wenig davon verstanden. Auch ich starte hier einen Versuch, etwas weniger an der Zielgruppe vorbeizuschreiben, als dies diverse Wirtschaftsprofessorinnen und Fremdwortfetschisten vor mir taten. Im Zuge der Diskussion um die anstehende Vollgeldinitiative werden von linker Seite immer wieder die Krisen- und Ungerechtigkeitsfaktoren «Zins» und «Kredit» ins Feld geführt. Diese werden in der Analyse als Wurzel allen Übels, aller Ungerechtigkeit und Ausbeutung dargestellt – eine Kritik, die jedoch ins Leere läuft.

Auf den ersten Blick klingt die vorgeschlagene Lösung absolut sinnvoll: Bei der Vollgeldreform wird verhindert, dass Privatbanken Geld «schöpfen» können, indem sie Kredite vergeben (und Zinsen verlangen). Mit einer Vollgeldreform wäre dies nur noch der Nationalbank erlaubt. Klingt erst mal nach Kontrolle und Stabilität.

Die Argumentation, die besonders in jungen linksgrünen Kreisen salonfähig geworden ist,

basiert jedoch auf einem Irrtum: Es wird behauptet, Geldschöpfung beziehungsweise die Kreditvergabe der Banken sei für das Wirtschaftswachstum verantwortlich. Erst durch das «Finanzkapital» werde die Wirtschaft zum stetigen Wachstum gezwungen, woraus die Ausbeutung unseres Planeten, der weniger privilegierten Menschen und unser Konsumismus resultierten. Das Umgekehrte ist richtig: Ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, dem ein Wachstumszwang inhärent ist, ermöglicht erst die Eskapaden des Finanzwesens. Das ist allein schon daran erkennbar, dass es Wirtschaftswachstum schon viel länger gibt, als die Finanzwirtschaft die Rolle einnimmt, die sie heute hat.

Die Marktwirtschaft ist nicht krisenhaft, weil sie «schlecht funktioniert», sondern weil für ihr Funktionieren die menschliche Wohlfahrt kein Kriterium darstellt. Der Mensch zählt in ihr nicht als Mensch, sondern immer nur als Kunde. Zählte er als Mensch, so wäre Geld bedeutungslos und der Markt kein Markt.

Solange der Grossteil des Kapitals einer Wirtschaft Profit produziert, gibt es für das Kapital keine Krise, selbst wenn soziales Elend herrscht – der Profit ist das entscheidende Erfolgskriterium. Umgekehrt ist jedoch die ökonomische Krise stets verbunden mit einer sozialen Krise, weil der Lebensunterhalt in der Marktwirtschaft von der Kapitalvermehrung abhängt.

Einig bin ich mit den jungen linksgrünen Politikern in dem Punkt, dass unser heutiges Wirtschaftssystem mit seinem Wachstumsdogma in keiner Weise nachhaltig ist und einer Reform bedürfte.

Doch sind Zins und Kredite nicht die Ursache für das Wachstum des Kapitals. Die Kausalität ist eine umgekehrte. Beobachten lässt sich das auch an der gängigen Wirtschaftspolitik: Geht das Wirtschaftswachstum zurück, senkt die Zentralbank die Zinsen, um die Kreditaufnahme attraktiver zu machen und Innovationen zu fördern. Erhöhte die Zentralbank den Zinssatz hingegen drastisch, könnte sie damit das Wachstum regelrecht «erwürgen».



Meret Schneider ist Vorstandsmitglied der Jungen Grünen (Kanton Zürich) und Gemeinderätin in Uster.

Das Finanzsystem mit einer Initiative nach der anderen als Feindbild par excellence aufzubauen, greift zu kurz und kann nicht Ziel von uns Wachstumskritikern sein. Vielmehr sollten

wir das Wachstumscredo an sich kritisieren und Alternativen dazu aufzeigen. Das geht sehr gut, ohne dass man sich der Terminologie des revolutionären Aufbaus bedient.



«Das ist nur eine Tarnkappe, um zu verbergen, was Sie eigentlich wollen, nämlich gar nicht einzutreten.»

SP-Ständerätin Anita Fetz kritisierte an der Debatte über die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau ihre männlichen, rechtsbürgerlichen Kollegen, die sich für die Selbstdenkulation von Unternehmen aussprachen.



«In fünf Jahren wird es ein Erfolg gewesen sein, wenn Europa noch das gleich hohe Wirtschaftswachstum aufweisen kann wie heute.»

UBS-Präsident Axel Weber fürchtet eine wirtschaftliche und politische Krise in Europa angesichts des Politchaos in Italien.

Aktuelle Wirtschaftszitate



«Wir sind noch nicht im Handelskrieg, aber kurz davor.»

Bruno Le Maire, Frankreichs Finanzminister, äussert sich beim G-7-Treffen in Kanada zur Frist, die die EU der US-Administration gesetzt hat, um im Streit um die einseitig verhängten Strafzölle auf Stahl und Aluminium eine weitere Eskalation zu verhindern.



«Ein Vaterschaftsurlaub zementiert das traditionelle Rollenmodell. Wir schlagen stattdessen eine flexible Elternzeit vor.»

FDP-Ständerat Andrea Caroni kritisiert die Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub und wirbt für eine Elternzeit, die flexibel auf beide Eltern verteilt werden kann.



«Wir haben eines der besten ÖV-Systeme der Welt, das nun durch Wettbewerb gefährdet wird.»

Giorgio Tuti, Präsident Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV), befürchtet einen Ausbau des Fernbusnetzes, nachdem Flixbus zusammen mit Eurobus das erste inländische Fernbusnetz gestartet hat.